

Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Кирочная, № 25, Lokal des 3.-K-8.
Sprechstunden von 6¹/₂—7¹/₂ Uhr abends.

Mittwoch—Sonntag.

Bezugspreis: 9 Rbl. vierteljährlich. Anzeigen:
die 2-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 21.

Tiflis, den 22. Mai 1918.

10. Jahrgang.

==Jugend-Verein.==

Donnerstag, den 23. Mai,
Literaturstunde
um 7¹/₂ Uhr abends.

Der Vorstand.

Dr. med. Leo Schereschewsky. Prakt. Arzt

==Innere- & Nervenkrankheiten==

Von 1 bis 3 Uhr täglich.

Fernsprecher: 12—46. Верайский переулок, 5. 10—6

Dr. med. B. Donchin,

gewes. langjähr. Assistenzarzt der Universitätsaugenklinik in Wien.
Spezialarzt für

==Augenkrankheiten.==

Empfängt von 9—12 Uhr vormittags u. von 4—7 Uhr nachmittags.
Michaelstrasse (Мих. пр.) № 76. Teleph. 7-38. 00—1

Eine Betrachtung.

(Zur Abwehr).

Arbaghan—Batum—Kars!!! — Marksteine am Leidenswege unserer so schwer geprägten Heimat nach—Golgatha? Oder—Schicksalstrumen, rätselhafteste Zeichen, deren noch unverständlicher Sinn ihr die Freiheit kündigt — jenseits von Leid und Schmerzen?

Hoffnung befeuert, gibt neuen Mut, verleiht Kraft. Glücklich also, wer hofft. Und deshalb — laßt uns das Beste hoffen! Keine Nacht ist so schwarz, daß auf sie nicht der Tag folgte.

Glauben und hoffen tut not. Aber ein anderes tut nicht minder not: die Dinge nehmen, wie sie sind, über die Wirklichkeit nicht hinwegsehen, die Augen nicht vor der Wahrheit verschließen! Wohl kann der Glaube Berge versetzen, aber er versetzt sie nicht dadurch, daß er sie wegleugnet. Er sieht sie, greift sie an, um sie abzutragen, und erst indem er sie abträgt, versetzt er sie zugleich. Das allein ist der tiefe Gedanke des „die Berge versetzenden Glaubens“.

Tatkräftiger Glaube, nicht Selbstverblendung befreit uns von der angestammten Schwäche. Das gilt nicht bloß für den Einzelnen, sondern auch, und zwar in noch weit höherem Maße, für die Völker. Nur das Volk, welches den wahren Glauben besitzt, den Glauben an seine Zukunft, und diesen in die Tat umzusetzen versteht, ungeachtet der sog. „rauben“ Wirklichkeit, nur ein solches Volk wird an das ersehnte Ziel gelangen: zur Freiheit!

Wehe dem Volk, das, des wahren Glaubens bar, die Wirklichkeit außer acht läßt, sich die Freiheit nur vorgaukelt, statt sie zu erkämpfen.

Die Türken haben Alexandropol besetzt! Sie haben den Waffenstillstand gebrochen und die Republik gezwungen, ihre Truppen

weiter nach Norden zurückzuziehen, unter Preisgabe der Eisenbahnlinie Alexandropol—Tschulfa. Gewiß, ein neuer, schwerer Schlag, ein neues Hindernis auf dem Wege zur Freiheit! Aber, sollen wir deshalb den Mut sinken lassen, den Glauben an unsre Kraft aufgeben, die Hoffnung auf den erwünschten Erfolg begraben? Das sei ferne von uns! Und erlahmt gleich der streitbare Arm, schwinden uns selbst die Sinne, fallen wir sogar zu Boden, so wollen wir dennoch nicht verzagen, sondern uns wieder aufrichten, den Kopf stolz zurückwerfen, die Muskeln auf's neue anspannen und im Vertrauen auf unsre Kraft vor aller Welt beweisen, daß wir den wahren Glauben besitzen, der Berge zu versetzen vermag und uns dorthin führen soll und wird, wo unsre Zukunft liegt: zur Freiheit!

Und reicht die eigene Kraft nicht aus, so laßt uns Hilfe dort suchen, wo sie uns winkt, sie koste, was sie wolle! Kein Entgelt darf uns als zu teuer dünken, wenn es die nötige Hilfe gibt.

Nicht Knechtung bedeutet für uns ein solcher Entschluß, den wir mit Überlegung und Würde fassen, eingedenk dessen, daß die Politik Sentimentalität nicht kennt und für erwiesene Dienste stets Gegendienst fordert. Nur Träumer erwarten von ihren politischen Freunden Leistungen ohne Gegenleistungen. Für sie ist die Welt voller Chimären (Wahngestalten), und jeder erscheint ihnen als Feind, der ihre Augen öffnen will, damit sie die Welt sehen, wie sie ist, nicht wie sie ihnen die Blindheit vorpiegelt.

Haben wir aber als Sehende, nicht als Blinde, den Weg schon erwählt, von dem wir voraussetzen, daß er uns der erforderlichen Hilfe entgegenführt, so wollen wir ihn auch fernerhin nicht verlassen. Dabei sei ein jeder Wink mit Dankbarkeit ausgenutzt, der uns dem Ziele näher bringt, mag er uns auch nicht schmeicheln, unsrem Herzen nicht immer lieb und angenehm sein.

Wer die Wahl nur zwischen Übeln hat, der wählt vernünftigerweise das kleinste von ihnen. Wir sind weit davon entfernt, die Orientierung auf die Zentralmächte Europas, nicht ausgenommen Deutschland, als ein Glück für unsre Heimat zu erachten. Wir halten vielmehr auch dafür, daß jede fremde politische Einmischung in unsre Angelegenheiten, weil sie ja nicht uneigennützig sein kann, ein Unglück für uns alle bedeutet, aber wir wiederholen: wenn schon mal die Republik zur Einsicht gelangt ist, daß sie dieses Unglück von sich nicht abzuwenden vermag, so sollte sie auch von ihm ohne triftige Gründe nicht wieder absehen. Im Gegenteil, sie hat die sittliche Pflicht, es geschehen zu lassen, damit nicht ein noch größeres Unglück an seine Stelle tritt, das uns vielleicht für alle Zukunft der Möglichkeit beraubte, den tatkräftigen Glauben zu erhalten, bis bessere Tage kommen, die uns in den Stand setzen werden, unser Schicksal mit eigenen Kräften glücklicher zu gestalten, als es eben ist und wohl noch lange Zeit so bleiben wird.

Dieses ist unser unverrückbarer Standpunkt. Ihn haben wir oft genug gekennzeichnet. Und wenn wir daraufhin in dem Leitartikel der vorigen Nummer gewisse Dinge bei ihren wahren Namen

genannt haben (wir sprachen dort von den Bedingungen, unter denen, nach unfrem Dafürhalten, eine Verständigung mit Deutschland einzig zu ermöglichen sein würde, vorausgesetzt natürlich, daß die Republik bei der Orientierung auf die europäischen Zentralmächte (bliebe), so brauchten doch wir wahrhaftig nicht zu befürchten, daß unfre offene und ehrliche Aussprache dahin mißverstanden werden könnte (wie leider von einigen unfser Leser, die uns deswegen mit Bestellungen gekommen sind), daß wir hierbei die transkaukasischen Deutschen scheinbar die Rolle eines „Herolds“ hätten spielen lassen wollen, der seinen Mitbürgern, soweit sie Nicht-Deutsche sind, also so gut wie allen, mit eigenartigem Gleichmut, mehr als das—mit einem Anflug von Schadenfreude verkündige, was ihnen so unendlich schwer auf die Seele fallen müsse, da sie sich die Selbständigkeit unfser Republik wesentlich anders dächten und wünschten, als sich die des litauischen Staats nach unfrem Bericht ausnimmt. Eine solche Rücksichtslosigkeit hat uns natürlich völlig fern gelegen, und erklären wir hiermit nochmals: Wir erhoffen von der Orientierung der Transk. Republik auf die Zentralmächte absolut keine besonderen Vorzüge für uns Deutsche hier in Stadt und Land; jede Bevorzugung von den übrigen Bürgern der Republik würden wir als eine Ungerechtigkeit gegen sie empfinden und deshalb zurückweisen, denn wir wollen nichts mehr und nichts weniger sein, als gleichberechtigte Bürger eines freien Staates, d. h. der Transk. Republik, und Leid und Freud mit unfsern Mitbürgern zusammen tragen.

Solches bitten wir auch alle die zur Kenntnis zu nehmen, die außer den erwähnten Lesern der „K. P.“ den besagten Leitartikel mißverstanden haben könnten.

**

Inland.

Die englische militärische Abordnung beim Hauptstab der kaukasischen Armee hat Tiflis verlassen. Sie befindet sich bereits auf dem Wege nach Moskau. In einem amtlichen Schreiben an den Kommandierenden genannter (zurzeit nicht mehr „kaukasischen“, sondern „transkaukasischen“) Armee hat die Mission als Grund ihrer Abreise angegeben, daß sie akkreditiert (beglaubigt) gewesen sei lediglich bei einer russischen Armee, der früheren kaukasischen (nunmehr transkaukasischen,) die aber seit der Abtrennung Transkaukasiens von Rußland durch die Selbständigkeits-Erklärung aufgehört habe, eine russische Armee zu sein, und daß damit auch ihre, der Abordnung, Vollmachten als erloschen zu betrachten seien. Natürlich ist das nur der formelle Grund der Abreise; der eigentliche wird wohl tiefer liegen und ist offenbar durch gewisse Erwägungen politischer Natur (die deutsch-türkisch-grusinische Orientierung!) bedingt.

Die französische militärische Abordnung hat der „Transkaukasischen Republik“ gleichfalls den Rücken gekehrt. Das französische Lazarett ist aufgelöst worden. Die formelle Begründung der Abreise ist die nämliche, wie die der englischen Mission.

Seit einiger Zeit befinden sich mehrere Offiziere des deutschen Heeres in dienstlicher Veranlassung in Tiflis, in Begleitung einiger Soldaten, die bei ihnen Wachdienst ausüben. Von ihnen hat sich bei unfsern Regierungsbehörden Oberleutnant Kaiser als beordert zur Regelung der Rückbeförderung deutscher und österreichischer Kriegsgefangenen aus Turkestan in die Heimat legitimiert, Rittmeister Cabolet—als bevollmächtigt zur Abnahme der der deutschen Helsenkuchenschen Mangangesellschaft gehörigen Vorräte an Mangan (Braunstein): teils aus dem Hafen von Poti, teils aus Tschatury selbst. Letzterer hat sich zuständigenorts auch für die

Frage der Transportfähigkeit der Eisenbahn von Batum nach Baku interessiert, wie überhaupt für Angelegenheiten betreffend Handel und Industrie. Die Offiziere sind über Konstantinopol, Trapezond und Batum hierher gelangt. Sie erscheinen auch auf der Straße in ihrer Uniform: eine für Tiflis gar seltsame Erscheinung. Von irgend welchen wichtigeren Mitteilungen politischen Inhalts seitens der genannten Offiziere kann aus begreiflichen Gründen gar nicht die Rede sein, und ist daher alles, was an solchen „Mitteilungen“ ihnen zugeschrieben wird, müßiges Geschwätz.

◀ Panischer Schrecken treibt die armenische Bevölkerung der durch die Türken bedrohten oder von dem mohammedanischen Teil der Bevölkerung schon in ein Kampffeld eigener Art verwandelten Grenzdistrikte, namentlich des Erivanischen Souveränements, zu Hunderttausenden fort von Haus und Hof—in die unbekannte Ferne. Meist retten die Flüchtlinge nur ihr nacktes Leben, das aber auch viele von ihnen infolge der Strapazen des Weges, allerlei Krankheiten, Hungers u. dgl. m. hernach lassen müssen. Zum Teil sind sie bewaffnet oder werden von regulären Truppen (armenischen) begleitet, die den Flüchtlingen erst den Weg frei machen müssen—dort, wo denselben die ihnen feindseligen Mohammedaner verlegen. Förmliche Schlachten finden stellenweise statt, die viele Opfer von beiden Seiten fordern, und den Weitermarsch der unglücklichen Scharen stark verlangsamen, wodurch das Elend noch größer wird. Die Flutwelle der Flüchtlinge ist auf Tiflis, wie überhaupt das östliche Georgien (Grusien) gerichtet. Die hier ansässige Bevölkerung (in überwiegender Zahl sind es Georgier) befürchtet nun nicht ohne Grund, daß sie in ihrem angestammten Besitz nicht mehr ungefährdet sein würde, wenn jene Flut sich über sie ergöße: denn sollten die Armenier wirklich in den grusinischen Dörfern untergebracht werden, so würden sie schon durch ihre enorme Zahl (man spricht von ca. 1/2 Millionen Flüchtlinge) die georgische Landbevölkerung erdrücken, von der unliebhamen Konkurrenz im Erwerb ganz zu geschweigen. Es herrscht deshalb bei einem Teil der georgischen Presse („Wostroschdenije u. a.) geradezu Empörung über die Zumutung der Regierung, die Flüchtlinge unter ihnen, den Georgiern, zu plazieren. Er fordert energisch, es solle dem Vordringen der ungebetenen Gäste sofort Widerstand geleistet werden. Dieses wäre notwendig auch vom Standpunkt der Interessen des flüchtenden Armeniers, denn ihn erwarte in den ohnehin noleidenden georgischen Siedlungen nur neues Elend. Auch sei Blutvergießen nicht ausgeschlossen. Dem Verpflegungsministerium sind aus Staatsmitteln 15 Millionen Rbl. als erste Hilfe für die Flüchtlinge angewiesen worden. Was bedeutet aber selbst eine anscheinend so große Summe Geldes im Verhältnis zur Größe der Not, die gelindert werden soll?

Ausland.

Am 15. d. Mts. hat der Befehlshaber der türkischen Truppen am Arpa-ischai Kasim-Bej, zuwider dem unlängst geschlossenen Waffenstillstand, einen Vorstoß gegen Alexandropol (diesseits des Arpa-ischai) unternommen, die besetzte Stadt in zwölf Stunden ohne ernstlichen Kampf besetzt und sich eines Teils der Eisenbahnlinie von Alexandropol nach Tschulfa bemächtigt. Als Beweggrund dieses sonderbaren Vorgehens hat der genannte Befehlshaber in einem Schreiben an General Nafarbefow, den Chef des armenischen Armeekorps, angegeben, er habe Kenntnis erlangt von einem Vorrücken der Engländer nach Tschulfa und sähe sich deshalb genötigt, um ihren weiteren Vormarsch zu verhindern, die erwähnte Eisenbahnlinie und das an sie angrenzende Gebiet, etwa 20 Werst



breit, zeitweilig und zwar bis zur Beendigung der Friedensverhandlungen in Batum zu okkupieren, falls die republikanischen Truppen sich gutwillig zurückzögen. Hernach würde beides wieder geräumt werden. Auf den Bericht General Nasarbefows über den Vorgang und die Forderung des türkischen Befehlshabers hin hat die Regierung sich mit letzterer einverstanden erklärt und entsprechende Anordnungen über Zurückziehung unserer Truppen getroffen. Inwiefern die Voraussagung in betreff Vorrückens der Engländer von Persien her zutrifft oder nicht, darüber verlautet einstweilen nichts. Ganz ohne Grund wird aber das türkische Kommando kaum so vorgegangen sein. Es mag sein, daß gewisse Befürchtungen, es könnte von unberufener Seite den Engländern über Dshulfa (von Alexandropol her) in die Hände gespielt werden etc., etc., die Entscheidung, durch unverzügliches Einschreiten die böse Absicht zu vereiteln, gezeitigt haben, noch ehe sich die Nachricht über das vermeintliche Herannahen englischer Heeresmassen auf ihre Richtigkeit hin prüfen ließ. Von einem noch weiteren Vorrücken der Türken in das Gouvernement Erivan ist offiziell nichts bekannt. Das Gerücht, welches dieser Tage hier, in Tiflis, umging, als seien die Türken bereits in Karaklis (also auf halbem Wege nach Tiflis), ist natürlich unbegründet, wie auch viele andre Gerüchte, die aus Furcht, Leichtsinne oder schlechter Absicht ihren Ursprung herleiten. Im Gegenteil, noch am 20. d. Mts. wurde hier bekannt, daß in Karaklis die Zahl der armenischen Flüchtlinge aus dem Erivan'schen Gouvernement stündlich wachse, und daß es wünschenswert sei, ihnen von Tiflis aus die erforderlichen Hilfsmittel unverzüglich dorthin zugehen zu lassen. Ein Teil der Bewohner von Alexandropol, der vor der Einnahme der Stadt durch die Türken geslohen war, trifft Anstalten zur Rückkehr, da es sich herausgestellt hat, wie überflüssig die Flucht war, weil in Alexandropol Ordnung und Sicherheit herrschen.

In Nr. 6 unfres Blattes brachten wir die Mitteilung, daß Kurland sich als selbständiges Herzogtum unter deutschem Protektorat erklärt habe und daß in dieser Veranlassung Kaiser Wilhelm eine Begrüßung an die Kurländer richtete, worin er seiner Freude über dieses Ereignis Ausdruck verlieh, indem er unter anderm darauf hinwies, daß ein selbständiges Kurland schon seit langem sein Herzenswunsch gewesen sei. — Aus russischen Blättern dürfen unsere Leser hernach noch erfahren haben, daß die Herzogskrone von Kurland von einer Abtrottung des kurländischen Landesrats Kaiser Wilhelm angeboten und von letzterem auch angenommen worden ist. — Schließlich brachten einige tifliser Zeitungen im Auszuge die Reichstagsrede des zur Partei der „unabhängigen Sozialdemokraten“ (ihr taktisches Programm entspricht im allgemeinen dem der russischen Bolschewiki) gehörigen Abgeordneten Ledebour, in welcher dieser nicht bloß die ganze Handlungsweise Deutschlands beim Abschluß des Friedens mit Rußland scharf rügte, als eines ungerechten und kurzfristigen Friedens, der sowohl der Sache des allgemeinen Friedens, als auch Deutschland selbst schaden müsse, sondern namentlich noch die Politik Deutschlands in Kurland aufs schärfste tabelte, indem er sich zu folgenden Auslassungen verließ, die den Vorstehenden des Reichstags veranlaßten, Redner zur Ordnung zu rufen: „Die Politik der baltischen Barone, der treuesten Diener des Zarenismus, ist gegenwärtig in den baltischen Provinzen außerstanden und wird unter Mitteln und unter dem Schutz Deutschlands betrieben. Der kurländische Landesrat wurde unter dem Druck einer neuen Diktatur geschaffen. Seine Mitglieder sind Diener der deutschen Regierungsgewalt. Der kurländische Landesrat kann nichts gemein haben mit einer Volksvertretung; die Herren aber, welche die kurländischen Barone als Volksvertreter anerkennen, treiben offenbar Schwindel. Wenn Kai-

ser Wilhelm die kurländische Krone annimmt, so sehen wir jetzt schon, was für Elemente die Hauptstütze dieses Herrn sein werden. Die Handlungsweise der deutschen Regierung ist nur dazu angetan, bei den Völkern des Baltikums großen Haß gegen alles Deutsche zu erzeugen“. — Wir haben seinerzeit von der Wiedergabe dieses Auszugs aus der Rede Ledebours Abstand genommen, in der Erwartung, daß wir später, wenn uns die deutsche Presse wieder zugänglich sein würde, imstande sein würden, nach genaueren Berichten den wahren Sachverhalt bezüglich der Proklamierung Kurlands als eines selbständigen Herzogtums mitzuteilen und damit zugleich unsere Leser in den Stand setzen zu können, sich selbst ein Urteil über das Für und Gegen der Auffassung Ledebours zu bilden. Aus der uns soeben, mit großer Verspätung freilich, zugegangenen Nr. 138 der „Neuen Hamburger Zeitung“, vom 16. März d. J., entnehmen wir folgendes:

„Berlin, 15. März. (Eigene Meldung). Die kurländische Abtrottung, die heute dem Reichskanzler die Beschlüsse des Landesrats auf Übertragung der Herzogskrone an den Deutschen Kaiser oder den König von Preußen überbrachte, hat, wie wir erfahren, der Reichsleitung Mitteilungen über die Stellung der Bevölkerung zu den allgemeinen politischen Fragen gemacht. Beide Teile sind von dem Ergebnis der Konferenz völlig zufrieden gestellt, und der Kanzler habe, wie er sagte, aus der Unterredung viele ihm völlig neue Gedanken gewinnen können. Vor allem müssen die irrthümlichen Ansichten in Deutschland richtig gestellt werden, daß der Landesrat nicht berechtigt sei, die Wünsche der kurländischen Bevölkerung in legitimer Weise zum Ausdruck zu bringen. Der Landesrat ist vom kurländischen Landtag durch ein Gesetz vom September vorigen Jahres als oberste Behörde des Landes eingesetzt worden und aus berufsständigen Wahlen hervorgegangen, so daß er sich mit Recht als die einzige Institution bezeichnen kann, die im Namen der gesamten kurländischen Bevölkerung sprechen darf. Kein Mensch wird daran denken, in den Ostprovinzen unter den herrschenden Verhältnissen ein allgemeines und gleiches Wahlrecht in absehbarer Zeit einführen zu wollen. Die kurländische Bevölkerung, sowie Letten als auch Balten, sind sich in ihren Wünschen über die Zukunft des Landes durchaus einig. Von vornherein kämen drei Regierungsformen für das junge Staatswesen in Betracht: ein selbständiges Herzogtum, die Republik und die Personalunion. Nur wenige extreme Elemente, vom Bolschewismus angezogen, treten für die Republik ein, und selbst sie haben sich angesichts der jetzigen Zustände in Rußland zu einer besseren Ansicht bekehrt. De Letten, insbesondere die bäuerliche Bevölkerung, fürchten, daß bei Begründung eines selbständigen Herzogtums der Herrscher sich auf die den Thron umdrängenden Barone stützen würde, so daß die lettischen Interessen hinter die der Deutschen zurücktreten müßten. So ist man also auch in lettischen Kreisen der Ansicht, daß eine Personalunion mit dem König von Preußen oder, falls dies nicht angängig ist, mit dem Deutschen Kaiser die beste Lösung bedeuten würde. Daß die Balten auf dem gleichen Standpunkt stehen, geht ja aus dem Beschluß des Landesrates, in dem sie die überwiegende Zahl der Stimmabgaben innehaben, genügend deutlich hervor. Die Hauptaufgabe der künftigen Regierung würde es sein, den Haß, der zwischen Letten und Balten von der zarischen Regierung geschaffen wurde, um so das Land dauernd zu schwächen, jetzt zu beseitigen und beide Teile zu gemeinsamer fruchtbarer Arbeit zusammenzuführen. Dazu ist natürlich nötig, daß Verständnis und Wille für die Bestrebungen bei der Bevölkerung vorhanden sind. Nach den Erklärungen, die dem Grafen Hertling heute gemacht wurden, ist diese Voraussetzung vorhanden. Eine gewaltsame

Germanisierung wird natürlich weder von der kurländischen Seite gewünscht, noch von deutscher Seite geplant. Hier wäre die Regierung zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Auch unter der Verwaltung der Befehlsgewalt wird bereits der Schulunterricht in lettischer Sprache erteilt, wo die Bevölkerung den Wunsch danach zu erkennen gibt. Neuerdings macht sich eine sehr erfreuliche Bewegung bemerkbar, die darauf hinausgeht, daß die Baltien im eigenen Interesse deutsche Bildung für ihre Kinder anstreben."

Soweit der Eigenbericht. In derselben Nummer der „Neuen Hamburger Zeitung“ ist ferner der Beschluß des Kurl. Landestates im Wortlaut wiedergegeben. Raum mangels wegen können wir denselben nicht im ganzen bringen und beschränken uns daher auf den Abdruck der wichtigsten Stellen des Beschlusses:

„1) Nachdem bereits die allgemeine Landesversammlung vom 21. September 1917 den Schutz und Schirm Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und des mächtigen Deutschen Reiches erbeten hat, ist nunmehr in Gemäßheit des Artikels 3 des am 3. März zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossenen Friedensvertrages Kurland endgültig der Staatshoheit Rußlands entzogen und die Bestimmung seines künftigen Schicksals in die Hände Deutschlands im Einvernehmen mit der Bevölkerung Kurlands gelegt. Freudig bewegt von dieser glücklichen Wendung, voll tiefer Dankbarkeit für die Opfer, welche vom deutschen Volke zur Befreiung der baltischen Lande gebracht wurden, beschloß der Landestat, . . . die nachstehenden Wünsche als Willensmeinung des Landes der Staatsregierung zu unterbreiten und für sie die allerhöchste Genehmigung zu erbitten: Da wir die sicherste Gewähr für die Wohlfahrt, Ruhe und friedliche Fortentwicklung des Landes in einem monarchisch-konstitutionellen Staatswesen unter dem Scepter Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen erblicken, wagt der Landestat die allerunterschiedlichste Bitte auszusprechen, Seine Majestät wolle allergnädigst geruhen, für sich und seine Nachfolger die Herzogskrone Kurlands geneigtest anzunehmen. 2) Es entspricht ferner unseren Anschauungen und Wünschen, daß im Wege des Abschlusses einer Konvention betreffend Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Maß-, Münz- und Gerichtsverfahren, sowie durch anderweitige Verträge eine möglichst enge Verbindung Kurlands mit dem Deutschen Reich in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung angestrebt und verfassungsgemäß sichergestellt werde.“ (Ein dritter Punkt enthält die Bitte um Erhaltung der staatlichen Einheit Kurlands, Livlands und Estlands, vorausgesetzt, daß die beiden letztgenannten Länder auch das Verlangen hegen, sich dem Deutschen Reich dauernd anzugliedern; doch ist dies ein Kapitel für sich und kommen wir vielleicht bei anderer Gelegenheit näher hierauf zu sprechen).

Zum Schluß sei noch folgender Passus aus der Begründung des Beschlusses wiedergegeben: „Nur unter monarchischer Leitung und einer kraftvollen Regierung im engsten Anschluß an das Deutsche Reich dürfen wir Kurländer die Heilung der durch den Weltkrieg unserer Heimat geschlagenen schweren Wunden und erneutes Aufblühen aller ihrer Lebensverhältnisse erhoffen. Das uns vor Augen stehende Beispiel der bis zur wahnsinnigen Anarchie ausgearteten russischen Demokratie kann uns in unserer schon vorhandenen monarchischen Gesinnung nur noch bestärken und kräftigen“.

In Ergänzung hierzu sei bemerkt, daß zum Bestande der Abordnung des Kurl. Landestats außer den Baltien: Landesbevollmächtigter Baron Rhaden, Rechtsanwalt Melville und Generalsuperintendent Verneviß—noch (als 4. Mitglied) ein Lette, der Gemeindeälteste Wejnneef, gehört hat.

Aus dem deutschen Leben.

Dank an die Kolonie Helenendorf.

Wir, Unterzeichnete, gestatten uns, im Namen der hiesigen franken Kriegsgefangenen anlässlich der uns bereiteten freundlichen Aufnahme, sowie der uns gütigst überlassenen Liebesgaben an Lebensmitteln, die überall große Freude bereitet haben, der dortigen Einwohnerschaft unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Ferner danken wir den verehrten Familien für den uns

in so liebenswürdiger Weise bereiteten vergnügungsvollen Unterhaltungsabend. Vor allen Dingen sind wir denjenigen Familien sehr zu Dank verbunden, die unsere Kameraden einige Tage lang voll und ganz versorgt haben, welche jetzt wieder in stimmungsvollem Humor in Tiflis angekommen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnen wir Alfons Thielisch,
Robert Köhler.

Sprechsaal.

Eine brennende Frage.

Der in der „Kauf. Post“ erschienene, sehr zeitgemäße Artikel des Herrn Direktor Follat, sowie verschiedene andere Einsetzungen hatten alle den Zweck, die allgemeine Aufmerksamkeit auf unser Schulwesen zu lenken, und mit Recht, denn von der Lösung dieser Frage hängt in allererster Linie unser Sein ab. — Nur reges, geistiges Streben sichert uns für die Zukunft unser Volkstum, unsere Eigenart und auch unser wirtschaftliches Gedeihen. All die schon gegebenen Hinweise sind sehr dankenswert, aber eine endgültige, alle befriedigende Lösung wäre nur auf einer Konferenz möglich, bei der alle beteiligten Kreise vertreten sein müßten: Pastoren, Lehrer und Gemeindevertretung. — Rationalrat.

Die Zeit- und Ortsbestimmung für die Versammlung, und die Einberufung selbst, steht wohl nur unserem Rationalrat in Tiflis zu. — Der geeignetste Ort für diese erste Konferenz wäre doch wohl Tiflis, weil für alle Teilnehmer am leichtesten und billigsten zu erreichen.

Das Schreckgespenst der furchtbaren Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung könnte durch umsichtige Maßnahmen ausgeglichen werden. Zu dem Zwecke brauchte sich nur jeder mit den nötigsten Lebensmitteln: Brot, Käse, Eiern, Schinken und Wein, sowie auch mit etwas Viehzeug: Wolldecke und Rissen zu versehen. Als Schlafräume könnten, mit Bewilligung des Schulrates, einige Klassen unserer Schule dienen. Der Vereitung von Tee stehen keine Schwierigkeiten im Wege, und auch eine nahrhafte Mittagsjuppe gehört nicht zu den Unmöglichkeiten. Mit der Einberufung sollte keine Zeit mehr verloren werden, — spätestens mit Schluß der Schulen.

Veratungsgegenstände: 1) Lehr- und Stundenpläne, welche für alle unsere Schulen in Stadt und Land gültig und bindend sind. 2) Schulbücher und Lehrmittelfrage. 3) Deutsche Buchhandlung in Tiflis, die den ganzen Bedarf an Schulbüchern und Lehrmitteln besorgt.

Sehr vereinfacht und erleichtert würde die Arbeit der Konferenz, wenn von jeder bestehenden Schule möglichst genau bearbeitetes, statistisches Material eingeleitet würde, in dem folgende Fragen beantwortet wären: 1) Wieviele Lehrkräfte sind an der Schule beschäftigt? a) Lehrer? b) Lehrerinnen? c) Summa—. 2) Wieviele Jahrgänge von Kindern besuchen die Schule? a) Knaben? b) Mädchen? c) Summa—. 3) Wieviele Stunden Unterricht genießt jede Abteilung? und in welchen Fächern? — Stundenpläne. 4) Welche Erweiterungen sind bei der Schule in Aussicht genommen? 5) Welche Summe bringt die Gemeinde jährlich für ihre Schule auf? 6) Welchen jährlichen Bedarf hätte die Schule an: Büchern, Lesebüchern, Lehrbüchern für Grammatik, Arithmetik, Geometrie, Algebra, Physik, Naturgeschichte, Geschichte, Geographie, Gesang, Katechismus und bibl. Geschichte, — ferner an: Schreib- und Zeichenheften, Schiefertafeln, Griffeln, Federn, Federhaltern, Bleistiften, — und endlich an Bankkarten und Bilderwerken? —

Auch die Kollegen, welche am Besuch der Konferenz verhindert sein sollten, werden sehr gebeten, das statistische Material von ihrer Schule rechtzeitig und sicher einfinden zu wollen, damit ganze Arbeit gemacht werden könnte. — Am sichersten und einfachsten ginge die Beschaffung des Erforderlichen vorstatten, wenn eine Kommission von 2 oder 3 Fachmännern an die Quelle reiste, dort die Auswahl machte und für rechtzeitige Zustellung sorgte.

Ein Kollege.

Herausgeber: Das Z.-K. des transkauk. deutschen Verbandes.

Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.